

5 Jahre Südanflug sind genug!

Aktuelle Lagebeurteilung

1. Was fordert das Fluglärmforum Süd heute?

Das Fluglärmforum Süd forciert die folgenden Handlungsebenen mit allen ihm zur Verfügung stehenden politischen, juristischen und medialen Instrumenten:

- Priorität 1: Der Gekröpfte Nordanflug muss schnellstmöglich eingeführt werden. Hier gilt es auf der juristischen Ebene alles zu unternehmen, dass bisherige Entscheide überprüft werden. Insbesondere haben wir hohe Erwartungen an satellitengestützte Verfahren, die inzwischen auch der Flughafen in die Realität umsetzen will. Damit dies tatsächlich geschieht, braucht es erhöhten politischen Druck auf allen Stufen. Die Bildung und Finanzierung einer entsprechenden Projektgruppe (Bund, Unique, Skyguide, Kanton Zürich) ist nur eines von verschiedenen wichtigen Elementen.**

- Priorität 2 Mit Deutschland muss eine Lösung gefunden werden. Ohne dies bleiben die Südanflüge vorerst zementiert. Dabei soll die Schweiz ebenso Klartext gegenüber Deutschland sprechen und handlungsstark auftreten, wie dies Deutschland beispielsweise in der Steuerfrage mit der Schweiz tut.**

- Priorität 3 Es wäre grundfalsch, den Sachplan Infrastruktur Luftfahrt abzuschliessen, bevor mit Deutschland eine Lösung gefunden wird. Dies müssen auch die Politik und die Verwaltung in Bern erkennen.**

- Priorität 4 Die Bevölkerung soll wissen, dass die Städte und Gemeinden im Süden des Flughafens in ihrem Widerstand keineswegs nachlassen. Wer im heutigen Zeitpunkt Forfait gibt, verliert auf der ganzen Linie.**

2. Belastetes bilaterales Verhältnis zwischen der Schweiz und Deutschland, SIL und Gekröpfter Nordanflug

Wir sehen aktuell, wie **Deutschland** seine eigenen Interessen mit massivem Druck und Vergeltung zum Schaden der Schweiz durchsetzt. Deutschland will das Bankkündengeheimnis in der Schweiz kippen. Deutschland hat in der Flughafenfrage bis jetzt erfolgreich Partikularinteressen einiger Kleingemeinden im Südschwarzwald zum Schaden mehrerer Hunderttausend rechtschaffener Bürgerinnen und Bürger im Süden des Flughafens durchgesetzt.

Der **Bundesrat** wehrt sich beim neuen Angriff durch den deutschen Finanzminister. Warum tut er es nicht in der Südanflugfrage? Weil die Bevölkerung weniger wichtig als unser Finanzplatz?

Widersprüchliche Signale aus Deutschland kommen zudem in einer anderen Frage: Ist die erneute **Lärmmessung**, wie sie nach dem Besuch der Bundeskanzlerin Angela Merkel im Frühling 2008 in der Schweiz ausgelöst worden ist (und immer noch nicht umgesetzt ist) eine politische Farce, um die Schweiz hinzuhalten oder ein Weg zu einer bilateralen Lösung? Die Widersprüche verstärken sich, weil weder das Bundesamt für Zivilluftfahrt noch Regierungsrat oder Unique über den Verlauf entsprechend informieren.

Der **SIL-Prozess** scheint sich weiter zu verzögern. Dies ist für die aktuelle Situation nicht zentral. Denn je länger der Prozess dauert, desto eher besteht die Chance, eine Lösung mit Deutschland dort einfließen zu lassen. Nächster Schritt: Die Raumplanung im Kanton Zürich. Der Sachplan Infrastruktur und die kantonale Raumplanung müssen aufeinander abgestimmt werden. Hier hätte der Kanton Zürich die grosse Chance, eine Differenz zum SIL-Objektblatt zu schaffen. Dann sind Bund und Kanton gezwungen, sich auf eine bevölkerungsverträgliche Lösung zu einigen.

Herausforderung **Gekröpfter Nordanflug**. Das Nein des BAZL ist ein politisch verordneter Entscheid. Das Nein ist aber keine Absage an den Gekröpften Nordanflug. Im Gegenteil: Der Gekröpfte Nordanflug fliesst in den SIL-Prozess ein. Dies ist entschieden. Die Projektierung zur Umsetzung des technisch weiter entwickelten Anflugverfahrens - satellitengestützte Navigation - muss wesentlich beschleunigt werden. Denn die Technologie steht weltweit zur Verfügung.

3. Die Bilanz aus fünf Jahre Südanflüge aus der Sicht der Betroffenen

Die Einführung der Südanflüge ist ein ganz gewaltiger Rechts- und Verfassungsbruch in diesem Land. Die Schweiz hat sich der deutschen Verordnung ohne grossen Widerstand gefügt. Es kann nicht angehen, dass die Südanflüge auf diesem undemokratischen, rechtswidrigen Weg zementiert werden. Die Politik und die Bevölkerung müssen noch wachsamer sein.

Noch immer sind massgebliche Fragen nicht von den Gerichten abschliessend beurteilt worden. Dies erschwert auch die politische Lösungsfindung massiv.

Die Handlungsunfähigkeit der Politik, die Handlungsunwilligkeit der Verwaltung und das Laisser-Faire des Flughafens sowie der Swiss sind erschreckend und schockieren selbst erfahrene Politiker und die betroffene Bevölkerung. Damit wird die Glaubwürdigkeit des ganzen demokratischen Systems in Frage gestellt.